

Welche Architektur für „BRDDR“?

VON JOSEF JOFFE

Von lauter guten Instinkten ist die Nach-November-Deutschlandpolitik be-seelt; eine andere Frage ist es, ob sie ausreichen oder gar zusammenpassen. Gewiß: Um die Aufgabe muß niemand Bonn beneiden. Seit dem 9. November sind die klassischen, ja die Geburtsdilemmas aller bundesrepublikanischen Außenpolitik aufgebrochen, die 40 Jahre lang ignoriert, zumindest aber gedämpft werden konnten. Solange die UdSSR Imperialmacht blieb, ihren Anspruch im Osten mit eiserner Hand verteidigte und daran im Westen regelmäßig mit Waffengerassel erinnerte, war die Rolle der Bundesrepublik ebenso eindeutig wie unangefochten: Als geostrategisches Gegengewicht mußten die USA in Europa eingebunden werden, als innerer Ring - Wohlstandsunterpfand für Bonn und beruhigendes Machtkorsett für die anderen - mußte die EG erhalten, als ungeschriebene „Rückversicherung“ diente nach der Brandtschen Ostpolitik der „Draht nach St. Petersburg“.

Daß diese Balance nun zu kippen droht, hat einen schlichten, aber epochenverändernden Grund: Gorbatschow verhält sich nicht heute wie Stalin, Chruschtschow und Nachfolger. Wo diese die Elbe zur unverrückbaren Westgrenze ihres ideologischen und militärischen Imperiums machten, zieht dieser sich - mehr getrieben, denn gewollt - zurück, so wie ein kranker Körper die Energie auf Herz und Hirn konzentriert und die Extremitäten vernachlässigt. Ost-Mitteleuropa ist längst nicht mehr eine sowjetische Bastion, sondern ein Machtvakuum. Dies bedeutet, daß der heimlichen Hauptmacht Europas, der Bundesrepublik, über Nacht neue Optionen aufgedrängt worden sind, die sie keinesfalls nur glücklich machen - auch wenn der Westberliner Bürgermeister Momper am Tag nach dem Mauerbruch verkündete: „Wir sind das glücklichste Volk der Welt.“

Auf der einen Seite des Dilemmas steht der Selbstgänger „De-facto-Wiedervereinigung“, der tagtäglich kräftiger wird - siehe zuletzt die Wiedergeburt der SDP als SPD-DDR, die sich das „geeinte Deutschland“ ans Panier geheftet hat. Des Selbstgängers Bruder ist der bundesdeutsche Wahlkampf '90, den alle Parteien - wahrscheinlich auch die Grünen und bestimmt die SPD - mit der Einheitsparole bestreiten werden; egal, was der behende Lafontaine heute noch sagt, wird sich die Brandt-Linie durchsetzen, allein schon, um sich den nationalen Zunder nicht von der Union stehlen zu lassen.

Auf der anderen Seite steht die Frage nach der „Architektur Gesamteuropas“

(Kohl), in die das geeinte Deutschland eingefügt werden könnte, und die produziert - aus gutem Grund - nur nebelhafte Antworten. Der Kanzler verweist dabei gerade auf den Lauf der Geschichte, mit deren Phantasie kein Politikerhirn mit-

halten könne. Er betont auch richtigerweise, daß die „deutsche Frage nicht die Deutschen allein angeht“, daß „wir die Sicherheitsbedürfnisse der anderen nicht außer acht lassen dürfen“. Wenn sein Freund Mitterrand ob der neuen *incertitudes allemandes* allzu nervös wird, startet Kohl flugs zum *tête-à-tête*-Besuch nach Frankreich, und die „Dynamik der westeuropäischen Integration“ gilt es allemal zu erhalten. Nur: Sein „Ziel bleibt - wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt - die Einheit unserer Nation“, und da ist er sich einig mit allen großen Parteien.

Wie soll das alles zusammenpassen? Wie kann die „westeuropäische Dynamik“ ungebrochen bleiben, wenn zugleich eine „gesamteuropäische Architektur“ zusammengezimmert werden muß, die Platz schafft für die DDR (oder deren fünf Länder), Ungarn, Polen...? Beides geht nicht, nicht heute und nicht morgen, was sich auch jedes Kind ausrechnen kann. Denn: „1992-plus“ ist schon schwer genug mit den Zwölf; wie soll der Zugang neuer Mitglieder aus dem Staatswirtschaftsbereich diesen Prozeß beflügeln?

Dahinter lauert noch ein größerer Klotz, die Frage nach der europäischen Ordnung, welche die „BRDDR“ verkräften könnte. Beide in die NATO? Dazu gehört eine Portion Gutgläubigkeit, die allenfalls in Sonntagsreden Platz hat. Sie erfordert nämlich eine von zwei sehr wackeligen Prämissen: Entweder kann die Sowjetunion dazu überredet werden, oder sie kann es nicht mehr verhindern. Die alt-neue Alternative hat just SED-Chef Gysi vorgestellt: eine „Vertragsgemeinschaft“ in einem Europa „ohne Militärblöcke“, wo es „keine Atomraketen, keine Panzer, Kanonen, Bomber und Kampfhubschrauber geben“ wird. Da wird das Ordnungs- und Sicherheitsproblem Europas nicht gelöst, sondern wegdefiniert. Mag ja sein, daß irgendwann militärische Macht abdankt, daß die Großen sie selbst im Zaum halten und die Kleinen sie nicht mehr fürchten müssen, aber heute vorauszusetzen, was erst in mühevoller Kleinarbeit geschaffen werden muß, ist kein Rezept für die reale Politik. Und ein neutralisiertes, entmilitarisierendes Gesamtdeutschland? Erstens ist der Koloß Deutschland nicht Österreich, und zweitens würde dies ein gesamteuropäisches Einspruchs- und Einmischungs-

recht voraussetzen, das gerade den Deutschnationalen kaum schmecken wird.

Derlei Fragen aufzuwerfen, hat nichts mit „vorausseilendem Gehorsam“ zu tun, wie es die Neo-Nationalen (links und rechts) nun monieren. Im Gegenteil: Gerade weil die Geschichte unberechenbar geworden ist, muß die reale Politik zeigen, welche Architektur zu welchem Deutschland paßt. Sonst läuft sie Gefahr, nach Westen europäisch und nach Osten national zu reden, was weder der deutschen noch der europäischen Sache weiterhilft.